

# Die Schweiz spielt mit dem Feuer, mitten in einem Europa, das auf der Suche nach Solidarität ist

STOP RENVOIS



Die Wegweisungen beschleunigen und das Asylrecht suspendieren: dies scheint die geheime Politik des Bundesrates zu sein. Während sich die Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga in Absichtserklärungen verliert, die bislang toter Buchstabe geblieben sind, die Türen für mehr Flüchtlinge zu öffnen, macht das Staatssekretariat (SEM) genau das Gegenteil. In einem Europa, das durch den Zusammenbruch eines Verteilsystems von Asylsuchenden gekennzeichnet ist, das sowohl ungerecht wie auch willkürlich ist, beschliesst die Schweiz, die Flucht nach vorne zu ergreifen – direkt auf die Mauer von Dublin zu!

[WWW.DESOBEISSONS.CH](http://WWW.DESOBEISSONS.CH)

Diese unverantwortliche Politik hat zur Folge, Flüchtlinge, die dem Krieg in Syrien, der Diktatur in Eritrea oder dem irakischen oder afghanischen Pulverfass entronnen sind, in noch grössere Not zu versetzen. Heute können die Resultate dieser Politik bereits wahrgenommen werden: einige irren weiter durch Europa, um ihre Chance ein zweites Mal zu versuchen, andere brechen zusammen und werden hospitalisiert, und nochmals andere begehen Selbstmord. Wo werden die 1390 Personen hingehen, die nur während des Monats September einen Nichteintretens-Entscheid des SEM erhalten haben: an den Bahnhof von Milano, in die Strassen von Bologna oder in die ungarischen Gefängnisse? Wie viele Züge, Flugzeuge und Polizisten müssen mobilisiert werden, um gegen die Überlebenden anzukämpfen, die Schutz und Würde suchen?

Indem der „Dublin“ Rückweisungsmechanismus mit Vollgas angetrieben wird, spielt der Bund mit dem Feuer gegenüber den europäischen Staaten, die sich am Anfang der Migrationsrouten befinden. Er macht sich auch über die Kantone lustig, die angehalten werden, die schmutzige Arbeit zu verrichten. Als der Waadtländer Regierungsrat im letzten April nach Bern schrieb, um seinen Bedenken bezüglich der italienischen Empfangsbedingungen Ausdruck zu geben, antwortete das SEM, dass es „Aufgabe der Kantone sei, bestimmte Anforderungen zu stellen“, dass die kantonalen Behörden jedoch „verpflichtet seien, die vom Staatssekretariat verfügbaren Wegweisungsentscheide zu vollziehen“.

In der Zivilgesellschaft entsteht jedoch eine Bewegung gegen diese Dampfwalze. Seit März 2015, besetzt das CollectifR, dessen Manifest ([www.desobeissons.ch](http://www.desobeissons.ch)) bereits von fast 3000 Personen unterzeichnet wurde, die Kirche St-Laurent in Lausanne, um die sogenannten „Dublin“-Wegweisungen zu denunzieren und bekämpfen. Es hat auch ein Patenschaftsnetzwerk auf die Beine gestellt: Persönlichkeiten wie der Ständerat Luc Recordon und der Künstler Michel Bühler vertreten die von einer Wegweisung betroffenen Flüchtlinge öffentlich. Im vergangenen September reichte das CollectifR rund dreissig Wiedererwägungsgesuche für Personen ein, die als „Dublin“-Fälle betrachtet wurden; keine einzige Antwort war bisher positiv!

Das CollectifR ersucht das SEM, umgehend die Diskretionsklausel des Dublin Abkommens zu aktivieren. Es hat die volle Freiheit, dies zu tun und alle Asylgesuche selber zu behandeln, die in der Schweiz eingereicht werden. Die Schweiz, die in den letzten drei Monaten fast viermal weniger Gesuche als Schweden erhalten hat, kann und muss ihre Grenzen für die Flüchtlinge öffnen!

Pressekontakte:

- Michaël Rodriguez, 079 232 21 90 (Französisch und Deutsch)
- Graziella de Coulon, 079 679 78 80 (Italienisch und Deutsch)